

Mitteilung Nr. MIT-		<i>(wird von 00 eingetragen)</i>	
zur Anfrage nach § 36 GOSTVV des Stadtverordneten der Gruppe vom Thema:		AF- 20/2013 Malte Grotheer und Gruppe Gruppe BiW 17.01.2013 Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0	

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele rumänische und bulgarische Staatsbürger über 18 Jahren waren am 31.12.2012 in Bremerhaven gemeldet, und wie hat sich deren Zahl seit dem 01.01.2007 entwickelt (bitte Zahl der gemeldeten Einwohner jeweils zum 31.12. getrennt nach Jahren und Staatsangehörigkeit ausweisen)?
2. Wie viele der unter 1. genannten Personen üben eine selbständige Tätigkeit aus bzw. haben ein Gewerbe angemeldet, und was sind die drei häufigsten Geschäftsfelder, die von den Betroffenen bei der Anmeldung angegeben wurden?
3. Wie vielen rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen wurde auf Grund von Unzuverlässigkeit im Jahr 2012 die Ausübung eines Gewerbes untersagt und in wie vielen dieser Fälle erfolgte das Verbot aufgrund fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des Betroffenen, weil die notwendigen finanziellen Mittel für die Geschäftstätigkeit nicht vorhanden waren?
4. Ein häufig anzutreffendes Merkmal bei Scheinselbständigkeit sind mehrere Gewerbebeanmeldungen unter einer einzigen Adresse. Wie viele der unter 2. genannten Personen betreibt ihr Gewerbe unter derselben Anschrift (bitte unterteilen nach Staatsangehörigkeit, Anzahl der Adressen mit mehreren Gewerbebeanmeldungen, Stadtteile, Anzahl der Gewerbetreibenden)?
5. Wie viele in Bremerhaven gemeldete Selbständige aus Rumänien und Bulgarien erhalten ALG-II-Leistungen und wie hat sich deren Zahl zwischen dem 01.01.2007 und dem 31.12.2012 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
6. Wie hoch waren die Gesamtkosten, die von der Stadt Bremerhaven für Grundsicherungsleistungen zugunsten der unter 5. genannten Personengruppe im Jahre 2012 aufgewendet werden mussten und wie haben sich diese Kosten zwischen 2007 und 2012 entwickelt (bitte Kosten getrennt nach Jahren ausweisen)?

7. Wie vielen in Bremerhaven gemeldeten Staatsbürgern aus Rumänien und Bulgarien werden über die in 6. aufgeführten Zuwendungen hinaus soziale Fürsorgeleistungen gewährt und wie hoch war der finanzielle Aufwand für diese Leistungen im Jahre 2012? Wie hat sich dieser Aufwand zwischen 2007 und 2012 entwickelt (bitte Leistungen getrennt nach Jahren ausweisen)?
8. Sind bei den zuständigen Behörden im Zeitraum zwischen 2007 und 2012 Hinweise auf Scheinselbständigkeit oder Schwarzarbeit, rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörige in Bremerhaven eingegangen? Wenn ja:
 - a. Wie viele Hinweise waren das insgesamt?
 - b. Wie viele dieser Hinweise wurden von den Behörden zur Anzeige gebracht?
 - c. Wie viele der aus diesen Hinweisen resultierenden Ermittlungen sind zwischenzeitlich mit welchem Ergebnis abgeschlossen worden?Bitte alle Zahlen getrennt nach Jahren ausweisen.
9. Wurde zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit bei der o.g. Personengruppe auch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit eingeschaltet? Wenn ja,
 - a. In wie vielen Fällen ist die Finanzkontrolle Schwarzarbeit aktiv geworden?
 - b. In wie vielen Fällen wurde das Verfahren schließlich eingestellt?
 - c. In wie vielen Fällen kam es zu einer Verurteilung der Beklagten?Bitte für den Zeitraum 2007 bis 2012 getrennt nach Jahren ausweisen.
10. Wie viele Angehörige der unter 1. genannten Personengruppe sind 2012 polizeilich auffällig geworden und wie hat sich die Zahl dieser Delinquenten zwischen 2007 und 2012 entwickelt (bitte getrennt nach Staatsangehörigkeiten und Jahren ausweisen)?
11. Sind im Zeitraum zwischen 2007 und 2012 in Bremerhaven gemeldete Staatsbürger Rumäniens und Bulgariens aus Deutschland ausgewiesen worden? Wenn ja:
 - a. In wie vielen Fällen wurde der Verlust des Aufenthaltsrechts nach § 6 FreizügG/EU festgestellt?
 - b. In wie vielen Fällen wurde nicht erwerbstätigen Freizügigkeitsberechtigten die Einreise verweigert oder deren Aufenthalt beendet, weil die erforderlichen Voraussetzungen nach § 4 FreizügG/EU nicht vorlagen?Bitte für den genannten Zeitraum die Zahlen getrennt nach Jahren ausweisen.
12. Rechnet der Magistrat damit, dass sich der Zuzug von Rumänen und Bulgaren nach Bremerhaven verstärken wird, wenn ab dem 01.01.2014 die noch bestehenden Freizügigkeitsbeschränkungen für Staatsbürger aus diesen Ländern aufgehoben werden? Wenn ja, von welchem Anstieg der Zuwanderung geht der Magistrat aus.

II. Der Magistrat hat am beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

zu 1.: Zum Stichtag 31.12.2012 waren in Bremerhaven

208 rumänische StaatsbürgerInnen und
481 bulgarische StaatsbürgerInnen
gemeldet.

Einwohnerentwicklung:

	<u>Rumänen</u>	<u>Bulgaren</u>
31.12.2006	44	31
31.12.2007	63	69
31.12.2008	75	116
31.12.2009	108	178
31.12.2010	152	252
31.12.2011	198	338
31.12.2012	208	481

Die Zahlen beziehen sich auf Personen über 18 Jahren.

zu 2.: Zum 31.12.2012 hatten 124 bulgarische Staatsangehörige und 45 rumänische Staatsangehörige ein Gewerbe angemeldet.

Die häufigsten Geschäftsfelder sind Trockenbau und Reinigungsarbeiten. Weitere Konzentrationen in den einzelnen Geschäftsfeldern sind nicht festzustellen.

zu 3.: Es erfolgten keine Gewerbeuntersagungen.

zu 4.: Für zwei Adressen im Stadtteil Lehe liegen jeweils drei Gewerbebeanmeldungen von drei bulgarischen Staatangehörigen, für eine Adresse in Lehe liegen drei Gewerbebeanmeldungen von drei rumänischen Staatsangehörigen und für eine Adresse in Geestemünde liegen drei Gewerbebeanmeldungen von drei rumänischen Staatsangehörigen vor.

zu 5.: Nach Mitteilung des Jobcenters Bremerhaven sind die Werte derart gering (kleiner als 3), dass sie aus Datenschutzgründen der Geheimhaltung (§ 16 BstatG) unterliegen und deshalb nicht übermittelt werden können.

zu 6.: Siehe Antwort zu Nr. 5.

zu 7.: Neben Leistungen nach dem SGB II haben StaatsbürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien keine Leistungen nach dem SGB XII erhalten.

Für den Bereich des Wohngeldes (WoGG) liegen keine gesicherten Daten vor, da im Wohngeldverfahren die WohngeldempfängerInnen nicht nach Nationalitäten erfasst werden.

zu 8.: Nach Mitteilung des Hauptzollamtes Bremen erstreckt sich die örtliche Zuständigkeit des Hauptzollamtes für die Aufgaben der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung auf das Land Bremen und aus dem Bundesland Niedersachsen auf die Landkreise Cuxhaven, Stade, Osterholz-Scharmbeck, Teile des Landkreises Roten-

burg/Wümme sowie die Stadt Delmenhorst. Eine Ausfilterung von prüf- bzw. tatortbezogenen Daten nur auf den Stadtbereich Bremerhaven ist nicht möglich.

Dem Bürger- und Ordnungsamt liegen auch keine Hinweise vor.

zu 9: Siehe Antwort zu Nr. 8.

zu 10. Die Auswertung der Gesamtzahl der Straftaten rumänischer und bulgarischer StraftäterInnen ergibt folgendes Ergebnis:

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Rumänen	20	29	35	45	84	25
Bulgaren	4	43	67	117	188	195

zu 11: Im Zeitraum zwischen 2007 und 2012 erfolgten keine Ausweisungen.

zu 12: Ja. Der weitere Anstieg kann zurzeit nicht prognostiziert werden.

Grantz
Oberbürgermeister